

# Presse- Mitteilung

Industriegewerkschaft  
Bauen-Agrar-Umwelt  
Bundesvorstand

Pressestelle

Olof-Palme-Str. 19  
60439 Frankfurt a. Main

Tel.: 069 - 95 73 71 35  
Fax: 069 - 95 73 71 38  
E-Mail: [presse@igbau.de](mailto:presse@igbau.de)  
[www.igbau.de](http://www.igbau.de)

Mittwoch, 6. September 2017

PM 78/2017

Feiger: „Thema Arbeit darf kein politisches Beiboot im Wahlkampf sein“

## To-do für die nächste Bundesregierung: Bessere Perspektiven für Job-Starter

„Die nächste Bundesregierung hat heute einen klaren Arbeitsauftrag bekommen: Sie muss jungen Menschen mehr Sicherheit im Beruf und damit eine bessere Perspektive geben. Denn Job-Starter stehen auf ‚wackeligem Boden‘ – Berufseinsteiger werden viel zu oft mit befristeten Arbeitsverträgen abgespeist“, sagte Robert Feiger. Der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) reagierte damit auf die am Mittwoch vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Zahlen zur „Qualität der Arbeit“. Demnach ist die Zahl der befristet Beschäftigten in den letzten zehn Jahren von 2,4 auf 2,8 Millionen angestiegen. 36 Prozent von ihnen konnten keine Dauerstelle finden. In der Gruppe der unter 30-Jährigen hat sogar jeder Vierte einen befristeten Arbeitsvertrag. „Wer nur einen Job auf Zeit hat, der hat auch die größeren Schwierigkeiten, sein Leben auf eigene Beine zu stellen – von der Wohnungssuche bis zur Familiengründung“, so Feiger.

Befristete Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund seien „eine Zumutung für die Beschäftigten und eine Unkultur vieler Betriebe“. Typisch hierfür sei die Gebäudereinigung: „Hier sind Arbeitsverträge mit Verfallsdatum an der Tagesordnung – Jahresverträge sind gang und gäbe“, erläuterte der IG BAU-Chef. Er kritisierte, das Prinzip „Heuern und Feuern“ passe nicht zum Beschäftigungsboom. „Und schon gar nicht zu dem Wunsch der Menschen nach einer soliden Lebensplanung“, so Feiger.

Die befristete Beschäftigung sei eines der drängendsten Probleme, das die neue Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik unbedingt anpacken müsse. Voraussetzung hierfür sei allerdings, dass das Arbeits- und Sozialressort der neuen Bundesregierung dafür „genug arbeits- und sozialpolitische Beinfreiheit bekommt“. In der Großen Koalition seien zwar äußerst wichtige Punkte wie der gesetzliche Mindestlohn, die Rente mit 63 und die Regulierung der Leiharbeit umgesetzt worden. Die nächste Bundesregierung müsse nun die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung ganz oben auf die To-Do-Liste setzen. „Es ist allerdings bedauerlich, dass Union und FDP dies schon im Wahlkampf strikt ablehnen“, so Feiger.

Schon in der zu Ende gehenden Wahlperiode hätten CDU/CSU ein verbrieftes Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit regelrecht blockiert, obwohl dies im schwarz-roten Koalitionsvertrag vereinbart gewesen sei. Wie groß dieses Problem sei, zeigten die heute vorgelegten Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Demnach arbeiteten Vollzeit-Beschäftigte im Schnitt 41 Wochenstunden. Bei Teilzeit-Beschäftigten sind es lediglich 19 Stunden. „Das führt besonders bei Frauen zu Lohneinbußen und niedrigen Renten“, so Robert Feiger.

Der IG BAU-Bundesvorsitzende warnte die politischen Akteure davor, die Themen Arbeit und Soziales „im Wahlkampf als politische Beiboote lediglich mitzuschleppen“. Schon in den Fernsehduellen dieser Woche seien diese viel zu kurz gekommen. Dabei gehe es um handfeste Probleme, die den Menschen auf den Nägeln brennen würden.

„Auf der einen Seite haben wir einen Beschäftigungsboom und seit Jahren sinkende Arbeitslosenzahlen. Auf der anderen Seite gedeihen Minijobs, Befristungen und Teilzeit“, sagte Feiger. Millionen Menschen seien mittlerweile vom wirtschaftlichen Aufschwung abgekoppelt. Das spiele Rechtspopulisten, die etwa Geringverdiener und Flüchtlinge gegeneinander ausspielen wollten, in die Hände, warnte der IG BAU-Chef.